**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 53 (1959)

**Heft:** 3

**Artikel:** Weltrundschau : wachsende Spannung ; 14 Jahre Kalter Krieg ; Starker Osten ; Die dritte Kraft ; Kommt ein Erwachen?

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-140349

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

«India News» vom 7. März heben hervor, was Nehru vor vier Jahren an der Bandungkonferenz aussprach; er vertrat die Auffassung, die Tragödie Afrikas sei größer als die irgendeines anderen Kontinents, und Asien müsse Afrika beistehen. Der Hauptdelegierte Indiens an der UNO, C. S. Iha, erklärte in bezug auf Französisch-Kamerun, das Land sei ohne Zweifel für die Unabhängigkeit reif. Er war aber der Meinung, daß Wahlen vor der Unabhängigkeit weder durchführbar noch durch die Erfahrung anderer Länder gerechtfertigt seien. Er stimmte deshalb für Wahlen n a c h der Unabhängigkeit. Der wirkliche Grund dieses Unterschieds zwischen dem asiatischen und dem afrikanischen Standpunkt wird nicht angegeben.

Es wird sicher tiefe Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen Gruppen afrikanischer Staaten geben, und es ist zu fürchten, daß Nkrumahs Ruf «Lasset die Afrikaner nur allein, sie werden ihre Angelegenheiten schon regeln» nicht nachgelebt wird. Der Rat des «New Statesman» (7. März) an die Labourpartei Englands mag uns als Richtlinie dienen. In diesem Kampf um Afrika (den Kamerun erwähnt der Artikel hier nicht) rät er der Labourpartei, an die Seite der Befreier Afrikas zu treten, indem sie das afrikanische Proletariat zu ihrem schutzbedürftigsten Wahlkreis mache und erkenne, daß sie sich durch das Eintreten für die Rechte der Schwarzen für das Wertvollste an der Tradition des Westens einsetze. *M. Furrer*

## WELTRUNDSCHAU

**Wachsende Spannung** Seit wir – im letzten Heft der «Neuen Wege» – schrieben, das Jahr 1959 werde allem nach politisch recht lebhaft werden, ist im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über die d e u t s c h e F r a g e beinahe so etwas wie eine Panikstimmung entstanden. Im Osten wie im Westen redet man angstvoll von einer immer näher rückenden Kriegsgefahr. «Auf beiden Seiten», so schreibt der Moskauer Korrespondent des Londoner «New Statesman», «hat man das Gefühl, daß ein Irrtum oder eine Fehlrechnung jetzt zum Krieg führen könne – zum Krieg um Berlin in ein paar Monaten oder zum Krieg in ein paar Jahren, wenn sich Westdeutschland stark genug fühle, um über die Elbe zu marschieren. Die Russen wissen jetzt, daß die Westmächte, wenn es darauf ankäme, einen Weltkrieg um Berlin riskieren würden und daß eine andere Haltung die NATO zerschlagen und Bonn zu einer völligen Schwenkung in seiner Außenpolitik veranlassen würde. Ist sich Macmillan ebenso klar darüber, daß, wenn Rußland die gänzliche Wiederaufrüstung Westdeutschlands begünstigte, sein eigenes politisch-militärisches Bündnissystem in Osteuropa auf eine schwere Belastungsprobe gestellt würde?»

Beide Teile versteifen sich scheinbar unnachgiebig auf ihren Standpunkt; aber während die Sowjetunion immerhin in bezug auf die Verhandlungstechnik wie in der Sache selbst allerhand Zugeständnisse gemacht hat, um die Gegenseite überhaupt einmal an den grünen Tisch zu bringen, überwiegt im westlichen Lager die Abneigung gegen jede Verhandlung mit den Russen, bei der man selber irgendwie nachgeben müßte. Man verlangt von der Sowjetunion nichts Geringeres als die glatte Kapitulation, das heißt den bedingungslosen Abzug der russischen Truppen aus Ostdeutschland im Gefolge gesamtdeutscher Wahlen, die das wiedervereinigte Deutschland in den Schoß der westlichen Militärallianz führen würden, mit der Aussicht, daß die ganze Machtstellung der Sowjetunion in Osteuropa zusammenbrechen würde. Und da man natürlich genau weiß, daß sich Moskau auf diese Art Lösung der deutschen Frage nicht einlassen wird, findet man diplomatische Gespräche mit den Russen völlig sinnlos; den Kommunisten die Faust unter die Nase zu halten und gegebenenfalls mit aller Kraft zuzuschlagen – das sei die einzige Sprache, die sie verstünden. Und inzwischen müsse der Westen in diesem Sinn unbedingt fest und einig bleiben, damit sich der Kreml ja keinen Täuschungen über die völlige Entschlossenheit der «freien Welt» hingebe, wenn nötig die letzte Kraftprobe mit dem «versklavten und versklavenden Osten» zu wagen.

So denkt man mindestens in den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Westdeutschlands, wo man deshalb Macmillans, des konservativen britischen Premierministers, «Extratour» nach Moskau sehr übelgenommen hat und nun alles daran setzt, um den gefährlichen Ausbrecher wieder in die etwas erschütterte Einheitsfront des Westens einzugliedern – diesen Mann, der wohl weiß, daß England weder einen konventionellen noch einen atomaren Krieg mit irgendwelcher Aussicht auf Sieg führen kann, und der vor seiner Abreise aus Moskau zu sagen gewagt hat: «Die Streitfragen, die Westen und Osten trennen, müssen durch Verhandlungen beigelegt werden, die in voller Kenntnis der Stellung des anderen und mit Hilfe gründlicher Diskussionen geführt werden müssen.»

Macmillan hat nach seinem Besuch in der Sowjetunion sicher keinerlei Zweifel mehr über die «Stellung des anderen». Chruschtschew hat zwar mit seinen Noten und Reden die Berliner Frage wohl absichtlich etwas dramatisiert, nicht zuletzt aus innerpolitischen Gründen, kann er doch angesichts der großen Gegnerschaft, die er sich mit seinen Reformen geschaffen hat, von der Außenpolitik her eine Stärkung seiner Autorität gut brauchen. Aber in der Sache selbst hat die Sowjetregierung allen Grund, die Entwicklung der Lage in Berlin und Westdeutschland sehr ernst zu nehmen. Als «Loch nach dem Westen» und als einzigartiges Späh- und Wühlzentrum mitten im Gebiet der DDR ist der von den Amerikanern, Engländern und Franzosen besetzte Teil Berlins für Ostdeutschland und die Sowjetunion auf die Dauer einfach eine Unmöglichkeit geworden. Anderseits stellt die Aussicht, daß die Bonner Republik

mit ihrem blühenden Nationalismus und ihrem neuerstarkten Kapitalismus in zwei Jahren eine vollausgebaute Wehrmacht mit den wirksamsten Atomwaffen besitzen wird, für die osteuropäischen Völker eine derartige Herausforderung dar, daß sich die Sowjetunion durch keinerlei papierene «Sicherheiten», die ihm der Westen anbieten könnte, beschwichtigen lassen wird. Der erste Gegenvorschlag der Westmächte zuhanden der Sowjetunion müßte darum, wie H. de Galard im «France-Observateur» (5. März) folgert, «eine feierliche Garantie sein, daß Westdeutschland nie über Kernwaffen verfügen wird und daß es keine solchen Waffen auf seinem Boden geben wird. Danach könnte die gleiche Garantie in bezug auf Ostdeutschland, Polen und die Tschechoslowakei gefordert werden... Man kann sich keine Lösung des deutschen Problems, keinen Versuch einer Wiedervereinigung vorstellen ohne Blickrichtung auf eine militärisch entlastete Zone in Mitteleuropa.» Und was die Berliner Frage selbst betrifft, so hat die im «New Statesman» (7. März) gemachte Anregung viel für sich, aus g a n z Berlin, mit Einschluß des Sowjetsektors also, eine freie Stadt zu machen, deren Sicherheit und Unabhängigkeit durch eine UNO-Truppe zu gewährleisten wäre, mit unbehindertem Zugang von und nach den beiden deutschen Teilstaaten. «Unter solchen Umständen», meint das Blatt, «gibt es, soweit wir zu sehen vermögen, kein westliches Lebensinteresse, das durch eine Zurückziehung westlicher Truppen aus der Berliner Enklave und eine tatsächliche Anerkennung Ostdeutschlands ernsthaft bedroht wäre.»

**14 Jahre Kalter Krieg** Aber solche Vorschläge zu machen, heißt bereits auch ihre Aussichtslosigkeit feststellen. Was immer den Westmächten als Beitrag zur Lösung der deutschen Frage empfohlen wird, stößt auf ihr sofortiges und kategorisches Nein, sofern es nicht ihrem anscheinend ein für allemal festgelegten Plan entspricht. Ihre Deutschlandpolitik ist ja nur ein Stück – und zwar ein entscheidend wichtiges Stück – der P o l i t i k d e s K a l t e n K r i e g e s, die seit Roosevelts Tod ihr Leitstern ist. «Schon elf Tage danach, am 23. April 1945», so schrieb kürzlich in einer ausgezeichneten Studie Professor D. F. Fleming in der Neuyorker «Nation» (21. Februar 1959), «kam Präsident Trumans berühmte Abkanzelung Außenminister Molotows (kurz vor der Gründungstagung der UNO; H. K.), die unser Staatsschiff unvermittelt herumwarf. Seither haben wir beständig einen Kurs des Kalten Krieges verfolgt – zuerst mit der Sowjetunion und dem Kommunismus und nun auch mit China ... Die veröffentlichten Zahlen reden heute von neunhundert amerikanischen Militärstützpunkten in Übersee, von vierhundert NATO-Stützpunkten in der Nähe der Sowjetunion, von fünfzehn Milliarden Dollar für Waffenlieferungen an die NATO, von sechshundert Millionen Dollar für Stützpunkte in Spanien ... Auch das Halbdutzend kleine Staaten um China herum ist mit unseren Waffen so vollgepackt, daß ihre Wirtschaftssysteme ins Schwanken und ihre Freiheiten ins Flackern geraten sind. Dieser riesenhafte Ein-

kreisungsring hat seinen rechtlichen Ausdruck in einem Labyrinth von Bündnissen gefunden, das vierundvierzig andere Länder umfaßt.»

In der Tat: es war nicht – wie uns immer wieder erzählt wird – die im Zweiten Weltkrieg fast ausgeblutete Sowjetunion, die 1945 den Kalten Krieg mutwillig vom Zaun brach; das tat vielmehr das gänzlich unversehrt gebliebene Amerika, das dank dem Krieg eine beispiellose Wirtschaftsblüte erlangt hat und zur – damals unbestrittenen – ersten Weltmacht aufgestiegen ist. Es lohnt sich, an der Hand des Aufsatzes von Professor Fleming, der seit dreißig Jahren an der Universität von Nashville Weltgeschichte lehrt, die Hintergründe des Kalten Krieges gegen den Osten etwas zu verdeutlichen. Wesentlich ist zunächst, so hebt er hervor, die westliche Weigerung, das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetvölker anzuerkennen. Die Russen haben schließlich seit 1913 dreimal furchtbar verheerende Angriffskriege vom Westen her erlebt, in denen etliche dreißig Millionen Menschen getötet und unsägliche materielle Verwüstungen angerichtet wurden. Dieses Erlebnis hat im Volksbewußtsein so tiefe Narben hinterlassen, daß sie kaum in einem Jahrhundert ganz geheilt werden können. Dazu kam dann der amerikanische Entschluß, auch der Sowjetunion den schon vom zaristischen Rußland immer gesuchten Ausgang zum warmen Mittelmeer und zum Mittelosten zu versperren. Die Vereinigten Staaten beanspruchten hingegen ihrerseits die Herrschaft über den ganzen Pazifik und die ihm anliegenden Küsten, bis hin zu den Häfen Chinas, als ihr selbstverständliches Recht. Gleichzeitig stießen sie wirtschaftlich immer tiefer in alle nichtkommunistischen Länder vor, namentlich auch nach Lateinamerika und Kanada, während sie jede Ausbreitung des Kommunismus mit Gewalt zu verhindern suchten, mit der Begründung, der Verlust einer einzigen westlichen Stellung bedrohe – wie im Dominospiel – das ganze Gebäude ihrer Machtpolitik; siehe Griechenland, Libanon und Jordanien, Formosa, Berlin. «Solange das Dominobild unantastbar bleibt, kann nichts zur Beendigung des Kalten Krieges getan werden. Es verbietet die Ausmerzung von Reibungspunkten wie Quemoy und Berlin, die für unsere Gegenspieler offenkundig unerträglich sind.»

Hinter dieser Dominotheorie steht weithin die Furcht, das Vordringen des Kommunismus schränke entsprechend den Lebensraum des Kapitalismus ein. «Aber ist es nicht allmählich Zeit», so fragt Fleming, «das Dogma von der ewigen Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums (der kapitalistischen Länder) in Frage zu stellen, zumal da wir die Sowjetunion und China ja doch nicht hindern können, Wirtschaftsriesen zu werden? . . . Da wir bereits siebzig Prozent des Weltreichtums verbrauchen und doch nur sechzehn Prozent der Weltbevölkerung haben, können wir es uns leisten, unsere wirtschaftlichen Begierden ein wenig zu zügeln . . . Die Welt des Kalten Krieges, die wir selbst umgrenzten, schrumpft zweifellos mehr und mehr ein, sowohl politisch als wirtschaftlich, aber das heißt nicht, daß wir nicht stark und blühend – wenn auch etwas weniger auffällig – und frei bleiben könnten.» Statt dessen grün-

den die USA ihre Wirtschaftsblüte seit 1914 immer mehr auf Kriegsausgaben und Kriegsrüstungen. «Jedermann schaudert bei dem Gedanken, der Kalte Krieg könne plötzlich aufhören; jede Aussicht auf Frieden jagt Wallstreet die Gänsehaut den Rücken hinunter. Und doch ist noch keine gefährlichere Lebensart ersonnen worden als ein Leben mit der gebrechlichen Rüstungskonjunktur.»

Dabei kommt Amerika im Wettrüsten immer mehr ins Hintertreffen. Zwischen 1945 und 1949 hatte es zwar das Atombombenmonopol. Aber dann bekamen auch die Russen ihre Atombombe. Die Antwort war der Befehl zur Herstellung einer amerikanischen Wasserstoffbombe, die aber kaum fertig war, als auch die Sowjets ihre H-Bombe hatten. «Die Russen brachten auch als erste Geschwader von interkontinentalen Düsenbombern in die Luft, obwohl wir schon seit 1946 an ihrer Herstellung arbeiteten, vier Jahre, bevor s i e damit anfingen. Und diese Erfolge waren nur das Vorspiel zu ihrem jetzt beherrschenden Vorsprung in der Herstellung von Fernraketen, der im ‚Reporter' vom 8. Januar von einem unserer tüchtigsten militärischen Forscher, Brigadegeneral Thomas R. Phillips, beschrieben wurde.»

**Starker Osten** Der Schluß, der sich aus diesen Tatsachen ergibt, liegt eindeutig klar auf der Hand: Der Plan der von Amerika geführten Westmächte, durch höchstmögliche Steigerung ihres militärischen, wirtschaftlichen und politischen Druckes die Sowjetunion zur Kapitulation zu zwingen, ist gescheitert. Fleming stellt es selber fest: «Was wir uns noch klarzumachen haben, ist, daß wir nie wieder die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion gewinnen können. Keine der beiden Parteien kann je dieses Wettrüsten gewinnen, aber jede kann – vielleicht unabsichtlich – die Vernichtung der westlichen Kultur auslösen. Anders gesagt: D e r K a l t e K r i e g h a t s e i n H a u p t z i e l n i c h t z u e r r e i c h e n v e r m o c h t, nämlich durch militärische Absperrung ‚den Feind' zu einem guten Verhalten zu zwingen. Das Ziel schien erreichbar, als ‚der Feind' noch schwach war; aber die Eindämmung hat das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung gehabt. Sie hat ihn von seinem Erschöpfungslager fortgejagt, auf das er durch unseren gemeinsamen Krieg geworfen worden war, und ihn zu Wunderleistungen der Erholung, des Wiederaufbaus, des Neuaufbaus, des wissenschaftlichen Fortschritts und der Wiederaufrüstung getrieben, bis er soviel Kraft gesammelt hatte, daß er nun den Einkreisungsring zu sprengen vermag. Unsere Führer sahen nicht voraus, daß sie gerade die Kraft erzeugen würden, die sie in Schutzhaft zu halten suchten. Und sie haben vergessen, daß auch der andere einmal das Einkreisungsspiel treiben kann. Das Ergebnis ist, daß die Sowjets bald imstand sein werden, jedes Ziel in den Vereinigten Staaten zu treffen – mit Tausenden von Ferngeschossen, die von Düsenbombern unterstützt würden, und aus Raketen tragenden Unterseebooten an unseren vier Küsten (die vierte ist die Hudson-Bucht, die tief ins Herz von Nordamerika hineinstößt). Haben

Sie letzthin wieder einmal die Karte von Nordamerika angesehen? Und auch das ist nur die halbe Wahrheit – vielleicht noch weniger. Wir haben uns jetzt daran gemacht, das zahlreichste Volk der Erde – sechshundertvierzig Millionen Chinesen, die bald eine Milliarde sein werden – die älteste und wahrscheinlich zäheste Rasse der Erde, in schärfster Absperrung zu halten ... Niemand kann die sechs Artikel von John Strohm aus Illinois lesen, die im vergangenen Oktober, nach seiner Reise durch China, auf dem Höhepunkt der Quemoy-Krise geschrieben wurden, ohne gewahr zu werden, welch starken Antrieb die Chinesen aus unserer militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Blockade gegen sie geschöpft haben.»

Und der wirtschaftlich-kulturelle Aufstieg der kommunistisch regierten Oststaaten geht eben unaufhaltsam weiter. Wenn das neue China im letzten Jahr seine Stahl- wie seine Lebensmittelerzeugung verdoppelt hat, wenn es in acht Monaten fast doppelt soviel Boden bewässert hat wie das alte China in seiner ganzen viertausendjährigen Geschichte; wenn schon jetzt die Stahlproduktion der Sowjetunion diejenige der – allerdings durch die Wirtschaftsschrumpfung geschwächten – Vereinigten Staaten in manchen Monaten des vergangenen Jahres fast einholte und in der Sowjetunion auf zehntausend Einwohner heute siebzehn Ärzte kommen, gegen fünfzehn in den Vereinigten Staaten (wie schon seit bald vierzig Jahren!), so besteht jeder Grund, eine Fortsetzung dieser Entwicklung auch in absehbarer Zukunft zu erwarten – sofern der Frieden erhalten bleibt. Der Sozialismus wird mehr und mehr das vorherrschende Wirtschaftssystem unserer Welt werden; kein Wunder, daß die Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsweise von bangen Ahnungen erfüllt sind, wenn sie den Wettlauf zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit ansehen. «Die unterentwickelten Länder», schrieb zum Beispiel C. L. Sulzberger in der «New York Times» (6. Dezember 1958), «verfolgen diesen Wettlauf mit gespannter Aufmerksamkeit. Sie sehen, wie das Wachstum der sowjetischen Produktionsleistung um ein Mehrfaches schneller ist als das unsrige. Sie sehen, daß das Wachstumstempo Chinas doppelt so rasch ist wie dasjenige Indiens, des einzigen Ausstellungsstücks der Demokratie in Asien ... Alle verbündeten Mächte (des Westens) müssen jetzt erkennen, daß wir in unseren inneren Produktionsvorhaben wie in der Unterstützung zurückgebliebener Länder mehr und Wirksameres leisten müssen. Sonst sind wir zuletzt verloren.» Und ähnlich findet Walter Lippmann nach einer Reise durch die Sowjetunion: «Die kommunistische Revolution wird sich, wie ich glaube, in Asien weiter ausbreiten, wenn wir nicht eine heldenhafte staatsmännische Anstrengung machen, um zu beweisen, daß es auch noch eine andere Möglichkeit gibt.»

Ob sich die Westmächte zu solcher Anstrengung aufzuraffen vermögen? Und ob sich die unterentwickelten Völker noch für eine kapitalistische «Demokratie» erwärmen können, wie die Vereinigten

Staaten, England, Frankreich, Italien usw. sie ihnen vorleben? Die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, daß der Druck auf das wirtschaftlich-soziale wie das politische Regime der westlichen Welt größer und größer wird und heftige Kämpfe und Krisen seine Zersetzung begleiten werden, während die sozialistische Gesellschaftsverfassung und Lebensform an Festigkeit weiterhin gewinnt und über das Stadium der Anfangsnöte und Existenzkämpfe mehr und mehr hinauswächst. Auch die Spekulation auf eine irgendwie verheerende Sprengwirkung der Gegensätze zwischen den jungen Ostländern dürfte sich als verfehlt herausstellen. Isaak Deutscher, dem wir die wertvolle Stalin-Biographie verdanken, hebt im Neuyorker «Reporter» (19. Februar) mit Recht hervor, daß sich Mao und Chruschtschew darauf geeinigt haben, mindestens vorläufig die Meinungsverschiedenheiten zwischen sowjetischen und chinesischen Kommunisten über die besten Methoden beim Aufbau des Sozialismus nicht in die Öffentlichkeit zu tragen, um nicht das Bündnis der beiden Länder zu gefährden und die kommunistische Weltbewegung nicht in drei Flügel zerfallen zu lassen: die titoistische und «revisionistische» Rechte, die chinesische Linke und das Zentrum um Chruschtschew. Der sowjetische Führer gab zwar am 21. Parteitag das Bestehen wichtiger Gegensätze zwischen Peking und Moskau offen zu und äußerte kein Wort der Anerkennung für die chinesischen Volkskommunen, stellte dann aber den Grundsatz auf, daß sich die kommunistischen Parteien gegenseitig nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischen sollen.

«Das ist», so bemerkt Deutscher, «in den Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien tatsächlich eine Neuheit. Bisher galt der Grundsatz der Nichteinmischung nur für die Beziehungen zwischen Staaten, während die kommunistischen Parteien begriffsgemäß das Recht, ja sogar die Pflicht hatten, einander zu kritisieren ... Es ist Chruschtschew so anscheinend gelungen, vorerst die Gegensätze zu überbrücken und seine Führerstellung zu befestigen. Allein der Parteitag scheint ihm dennoch nicht freie Hand gegeben zu haben, um in der Auseinandersetzung mit der parteifeindlichen Gruppe (Molotow und Genossen) nach stalinistischer Art zu verfahren ... Chruschtschew selbst sagte, in der Sowjetunion werde niemand mehr aus politischen Gründen gefangen gehalten, und übernahm damit dem Parteitag gegenüber eine Art Verpflichtung, daß die stalinistischen Säuberungen nicht wieder aufgenommen würden und die am 20. Parteitag verkündete Entstalinisierung kein leeres Wort bleibe.»

Mit einem neuen Wirtschaftsabkommen zwischen Moskau und Peking, das China weiterhin großzügige Hilfe beim Aufbau der chinesischen Industrie gegen umfangreiche chinesische Warenlieferungen an die Sowjetunion zusagt, haben Mao und Chruschtschew jedenfalls den Grundsatz der Nichteinmischung in die beidseitigen Aufbaupläne durch die Tat bekräftigt. Dem entspricht, daß offenbar auch im Verhältnis

der kommunistischen Parteien Westeuropas zur KP Sowjetunion künftig größere Freiheit herrschen soll. Der «Antistalinismus» des 20. sowjetischen Parteitages hat bekanntlich in den westeuropäischen Parteien der Kommunistischen Internationale schwere Verwirrung hervorgerufen. Besonders Togliatti, der Führer der Kommunistischen Partei Italiens, hatte nicht nur in seiner eigenen Bewegung, sondern noch mehr mit den altgläubigen Kommunisten Frankreichs scharfe Auseinandersetzungen. Jetzt ist er vom 21. Kongreß in Moskau, wie Bruce Renton dem «New Statesman» (7. März) aus Rom schreibt, mit dem Segen Chruschtschews heimgekehrt, hat sich doch dort die Politik der «wetteifernden Koexistenz» zwischen Kapitalismus und Kommunismus und damit auch der Anpassung der kommunistischen Kampfmethoden an die jeweiligen Verhältnisse in den westlichen Ländern aufs neue durchgesetzt. «Die italienischen Kommunisten», so meint Renton, «halten sich nunmehr für die wichtigste Partei nicht nur unter den westeuropäischen Kommunisten, sondern vielleicht aller kapitalistischen Länder ... Vielleicht führt das auch zu einem praktischen Ergebnis: einer Initiative der italienischen KP zu einer Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas, die eine gemeinsame Politik für die Wirtschaftsfragen, für die ‚nationalen Wege zum Faschismus' und für die Beziehungen zu den nichtkommunistischen Arbeiterparteien festlegen soll. Wenn es dazu kommt, so wäre das die erste internationale kommunistische Konferenz der Geschichte, die nicht von Moskau einberufen wäre.»

**Die dritte Kraft** Das rasche Erstarken der kommunistischen Welt, die immerhin einen Drittel der Erdbevölkerung umfaßt, ist nicht der einzige Grund dafür, daß es für die kapitalistischen Mächte längst zu spät geworden ist, ihr durch Gewaltdrohung oder gar offene Gewaltanwendung den Meister zu zeigen. In immer stärkerem Maße wirkt in derselben Richtung die Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker. Noch sind von dieser Bewegung bei weitem nicht alle wirtschaftlich und kulturell «zurückgebliebenen» Länder erfaßt; ein großer Teil davon steht noch immer unter der Herrschaft einheimischer wie fremder Ausbeuter. Aber diese Herrschaft geht unter unseren Augen unaufhaltsam ihrem Ende entgegen, und diejenigen Völker, die ihre soziale und nationale Befreiung bereits erkämpft haben, stehen – mit Ausnahmen – nicht im antikommunistischen, sondern im antikapitalistischen und antikolonialistischen Lager, auch dann, wenn sie von der Politik der Sowjetunion und Chinas betonten Abstand halten. Sie werden mehr und mehr zu jener vielgenannten «dritten Kraft», die einer Fortsetzung des Kalten Krieges mit allen Mitteln widerstrebt und damit tatsächlich gegen die «Politik der Stärke» wirkt, wie sie der Westblock seit vierzehn Jahren gegenüber den jungen Oststaaten betreibt. Darum auch der Ärger im westmächtlichen Lager über den «Neutralismus» dieser

Länder, die sich weigern, den angeblichen Freiheitskampf gegen den Kommunismus mitzumachen, ja die Freiheitsparolen der kapitalistischen «Demokratien» überhaupt nicht verstehen.

Auch im vergangenen Monat hat die Freiheitsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Völker wieder Fortschritte gemacht, vor allem in Afrika, das jetzt zum Hauptschauplatz der Revolution der farbigen Rassen geworden ist. Im Kongo greift die Auflehnung gegen den belgischen «Paternalismus» weiter um sich. In Südrhodesien, das als sich selbst verwaltende britische Kolonie völlig unter der Herrschaft der weißen Siedler steht, kann sich die Regierung nur mit scharfen Gewaltmaßnahmen der Streik- und Boykottbewegung der nationalistischen Afrikaner erwehren. In Njassaland aber, das – wie Nordrhodesien – rechtlich noch britisches Protektorat ist, also von London abhängt, hat der Widerstand gegen den Plan einer gänzlichen Unterstellung dieses Gebietes unter das südrhodesische Regime, über die bereits bestehende Föderation hinaus, zu einem eigentlichen Kriegszustand zwischen Europäern und Afrikanern geführt. Mögen die militärischen und übrigen staatlichen Machtmittel, die die Weißen rücksichtslos einsetzen, die Bewegung für den Augenblick auch niederhalten: hier ist ein Feuer entzündet, das nicht mehr zu ersticken ist und sich von Njassaland aus nicht nur auf Nordrhodesien, sondern auf ganz Ostafrika ausdehnen wird und auch der Unabhängigkeitsbewegung im Kongo und in Westafrika neue Nahrung geben dürfte. Die französischen und britischen Besitzungen in Zentral- und Westafrika sind ohnehin in zunehmender Gärung begriffen, und sogar im italienisch verwalteten Somaliland, an der afrikanischen Ostküste, ist es neuerdings zu blutigen Unruhen gekommen, die mit dem «erfolgreichen» Eingreifen der Polizei nicht erledigt sind. Wie lange in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique noch Ruhe herrscht, und besonders wie lange sich in der dazwischen liegenden Südafrikanischen Union der unmenschliche Terror der weißen Herrenrasse noch halten kann, das wird man ja sehen. Auf jeden Fall ist Nordafrika für die Europäer verloren – trotz oder gerade wegen dem verzweifelten Ringen der Franzosen um den Besitz Algeriens und dem wie eine Fata Morgana trügerisch lockenden Saharaöl.

Im Orient und im Mittelmeerraum hat die vorläufige Lösung der Zypernfrage etwelche Entspannung gebracht. Aber die Befriedigung, die man darüber empfindet, ist eben doch nicht rein. Einmal hat Zypern nur eine sehr bedingte Unabhängigkeit gewonnen; seinem Verzicht auf den Anschluß an Griechenland und der Beseitigung der Gefahr einer Aufteilung der Insel zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe steht die Fortdauer der britischen «Schutzherrschaft» gegenüber, das heißt die Aufrechterhaltung der britischen Militär- und Flottenstützpunkte auf Zypern im Interesse der westmächtlichen Vorherrschaft in Vorderasien. Sodann ist der Abschluß des Zypernabkommens selber ja nur eine Fernwirkung der

britisch-amerikanischen Machtpolitik im Mittelosten, die besonders durch die letztjährige Revolution in Irak, aber weiterhin durch die ganze arabisch-nationalistische Bewegung gezwungen worden ist, neue Wege zur Sicherung ihrer alten Herrschaftsstellungen zu suchen.

Stellte die irakische Revolution schon für die Türkei eine ernste Warnung und Gefahr dar, so hatten England und noch mehr Amerika allen Grund, den Streit um Zypern aus der Welt zu schaffen und sowohl Griechenland als die Türkei wieder fest in die antikommunistische Front einzugliedern. Das ist denn auch vorerst gelungen; mochte Großbritannien als unmittelbar Beteiligter noch zögern, die für eine türkisch-griechische Verständigung nötigen Konzessionen zu machen, so hatten die Vereinigten Staaten gänzlich freie Hand und ließen denn auch ihre Druckmittel so energisch spielen, daß die gefährdete Einigkeit der östlichen Mitglieder des NATO-Blocks fürs erste wiederhergestellt ist. Darüber hinaus hat auch der Bagdadpakt – freilich ohne Irak – eine Neuauffrischung erfahren durch den Abschluß eigentlicher Militärbündnisse zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und den Regierungen der Türkei, Persiens und Pakistans anderseits.* Die Sowjetunion hat natürlich gegen diese Abkommen heftigen Einspruch erhoben, zumal ihr ein aus dem Jahr 1921 stammender Vertrag mit Persien das Recht gibt, Truppen auf persisches Gebiet zu entsenden, falls eine dritte Macht versuchen sollte, sich persischen Bodens als Operationsbasis gegen die Sowjetunion zu bedienen. Aber Amerika und der von ihm beherrschte Westblock halten eben immer noch an dem Traum fest, durch fortschreitende Engerziehung des «eisernen» Ringes um die Sowjetunion den Kalten Krieg doch noch zu gewinnen, also auch Vorderasien als ihr ausschließliches Einflußgebiet behaupten und die Sowjetunion von der Neuordnung dieses ganzen Raumes aussperren zu können.

**Kommt ein Erwachen!** Und doch muß dieser Traum, der schon allzu lang gewährt hat, endlich einmal ausgeträumt sein. Die öffentliche Meinung des Westens scheint denn auch wirklich langsam, langsam zu der Erkenntnis der wahren Lage zu erwachen, in die eine blinde, unverantwortliche Führerschaft die Welt hineinmanövriert hat. Insbesondere in den Vereinigten Staaten verstärkt sich sozusagen von Woche zu Woche die Erkenntnis, daß nur eine neue Außenpolitik das schicksalhafte

* Ist es nur ein Zufall, daß ungefähr gleichzeitig mit dem Abschluß dieses Bündnisses in Nordirak eine Gegenrevolution ausbrach? Die Westmächte haben jedenfalls ein starkes Interesse daran, die reichen Erdölgebiete in Nordirak vor der Nationalisierung durch die Revolutionsregierung zu retten und sie weiterhin durch britisch-amerikanische Gesellschaften ausbeuten zu lassen. Fest steht hingegen, daß Nasser und die Vereinigte Arabische Republik die Gegenrevolution schürten, um Irak, das bisher der Eingliederung in die VAR widerstrebt, zu einer bloßen Provinz des erträumten allarabischen Einheitsstaates zu machen.

Abgleiten in eine atomare Weltkatastrophe verhindern kann. Wie es ein von zahlreichen amerikanischen Persönlichkeiten mit klangvollen Namen unterzeichneter Aufruf kürzlich ausdrückte: «Obwohl wir mit Waffen vollgeladen sind und so großen Wert auf die abschreckende Wirkung einer Drohung mit Vergeltungsschlägen gelegt haben, ist der Kommunismus nicht eingedämmt, die Demokratie nicht ausgedehnt und die erstrebte Position der Stärke nicht erreicht worden. Wir stehen in größerer Gefahr, vernichtet zu werden, als zu Beginn des Kalten Krieges. Der Glaube der Welt an die Vereinigten Staaten ist untergraben worden. Wir sehen, daß wir uns nur in Sackgassen verrannt haben, und versteifen uns darin verzweifelt auf eine Haltung, die Verhandlungen tatsächlich unmöglich macht.»

Es ist auch gar nicht zu verkennen, daß solche Stimmen – die man zu Dutzenden anführen könnte – auch in breiteren Volksschichten einen starken Widerhall finden. Schon der Koreakrieg war alles andere als populär; McArthur ist längst erledigt, ja selbst zu den Warnern übergegangen, und von McCarthys demagogischer Kommunistenhetze wäre auch dann nicht mehr viel übriggeblieben, wenn ihr Antreiber noch lebte. Eisenhower anderseits ist nicht zuletzt darum Präsident geworden, weil er sich als «Friedensstifter» empfohlen hatte, während sein Außenminister Dulles, dem er so blindlings alles überließ, nie die Gunst des Volkes besaß – was jetzt, da er als kranker Mann die Zügel aus der Hand geben muß, mit immer größerer Klarheit zutage tritt, lehnen sich doch mehr und mehr auch die Berufspolitiker beider Parteien gegen den von ihm vertretenen Abenteuerkurs auf, manchmal mit einer Kühnheit, über die man nur staunen kann. Die Novemberwahlen haben eben den Senat wie das Abgeordnetenhaus großenteils von den berüchtigten Scharfmachern des Kalten Krieges befreit und neue Männer (und Frauen) hereingebracht, die in der Innenpolitik sozialfortschrittlich gesinnt und in der Außenpolitik einer Koexistenzpolitik zugeneigt sind. Bemerkenswert war besonders die Niederlage des kalifornischen Senators Knowland, eines Hauptträgers der Politik des Kalten Krieges, und anderseits der Sieg des neuen Abgeordneten Meyer in Vermont, des ersten Demokraten, der seit über hundert Jahren in diesem Staat in die Bundesversammlung gewählt wurde und der sich energisch für die Einstellung der Produktion von Atomwaffen, für die diplomatische Anerkennung Chinas und überhaupt für eine neue Außenpolitik eingesetzt hatte. Das sind – wenn man dazu noch Mikoyans erfolgreiches Auftreten in Amerika nimmt – doch Zeichen, die auf einen beginnenden Stimmungsumschwung in den Vereinigten Staaten hindeuten und hoffen lassen, daß auch die amtliche Politik Washingtons einer so stark ausgeprägten neuen Strömung im Volk einigermaßen werde Rechnung tragen müssen.

Bei den europäischen Verbündeten der USA zeichnet sich eine ähnliche Wandlung ab. Macmillans Rußlandreise ist bisher ihr sprechendster Ausdruck – kein Wunder, daß man in Washing-

ton, aber auch in Bonn und Paris seine Verstimmung über die führende Rolle, die der britische Ministerpräsident in den Verhandlungen mit der Sowjetunion zu spielen sich anschickt, sehr offen zur Schau trägt. Die Londoner Regierung hat jedenfalls die große Mehrheit ihres Volkes hinter sich, wenn sie einen Ausweg aus der unhaltbaren Lage sucht, in die der Kalte Krieg gegen den Osten die Westmächte hineingeführt hat. Wieweit ihr Paris auf diesem Weg zu folgen bereit ist, erscheint noch unklar. De Gaulle selbst und noch mehr die faschistischen «Erneuerer», die ihn zur Macht gebracht haben, würden gewiß am liebsten mit den «Stahlharten» in Washington gemeinsame Sache machen, schon um Amerikas Unterstützung für den Algerienkrieg nicht zu verlieren; aber nun beginnen sie eben doch zu merken, daß das neue Regime trotz den Scheinsiegen, die es im vergangenen Sommer und Herbst errungen hat, im Volk draußen auf ganz schwachen Beinen steht. Das bisher deutlichste Zeichen dafür sind die jüngsten Gemeindewahlen mit ihrem überraschenden Wiederaufstieg der kommunistischen Bewegung – in der sich offenbar fast die ganze Opposition sammelt – und dem nicht viel weniger auffälligen Rückschlag der «gemäßigten» wie der extremen Rechten. Die an Hysterie grenzende Panikstimmung, in der sich die Abstimmungen und Wahlen des Herbstes 1958 abspielten, weicht in der Tat schneller, als man vermuten konnte, einer Ernüchterung und Beschämung, von der man freilich noch nicht sagen kann, wie weit sie führen wird. Die fortschreitende Teuerung, die Senkung der Lebenshaltung breiter Volksschichten, die Beschneidung der staatsbürgerlichen Freiheiten, das Willkürregiment der Militärs, der hoffnungslose Algerienkrieg mit seiner Zerrüttung der Staatsfinanzen – das alles wirkt zusammen, um eine Mißstimmung im Volk zu erzeugen, die weit über die Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung hinausgeht und die auch in außenpolitischen Dingen die Regierung zur Vorsicht und Biegsamkeit mahnt.

Am unnachgiebigsten ist man – wie üblich – in Westdeutschland. Zwar deutet Ollenhauers Berliner Unterredung mit Chruschtschew auf eine gewisse Bereitschaft der sozialdemokratischen Opposition hin, den berechtigten Sicherheitsbegehren der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei Rechnung zu tragen, und vielleicht kommen auch Carlo Schmid und Erler von ihrem Moskauer Aufenthalt mit ähnlichen Neigungen zurück. Aber schon die hochmütige Weigerung des «regierenden» Bürgermeisters von Westberlin, Willy Brandt (er hieß bei seiner Geburt in Wirklichkeit Herbert Karl Frahm), sich mit Chruschtschew an den gleichen Tisch zu setzen, zeigt, daß man in der Sozialdemokratie auch anders kann. Und vollends die Bonner Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien und Kräfte bekunden die gleiche Anmaßung und politische Unreife, die schon immer den Deutschen zum Verhängnis geworden sind. Statt daran zu denken, daß Deutschland es war, das über die Ostvölker namenloses Unglück gebracht hat, das seinen ruchlosen Eroberungskrieg zu Recht verloren

hat, das die heilige Pflicht hat, den Angegriffenen jede nur mögliche Garantie gegen eine neue Bedrohung ihres Lebens zu bieten – statt dessen setzen sie sich schon wieder aufs hohe Roß, verlangen ihre alten Grenzen zurück, rüsten mit Macht auf einen neuen «Verteidigungskrieg» gegen den Osten, fordern den bedingungslosen Abzug der Russen aus der ihnen zugesprochenen Besetzungszone und weigern sich hartnäckig, über einen Friedensvertrag zu verhandeln auf Grund von Bedingungen, wie sie die Deutschen, wären s i e die Sieger gewesen, wahrlich nicht so maßvoll gestellt hätten; siehe das deutsche Friedensdiktat von Brest-Litowsk Anno 1917!

An i h n e n ist es in erster Linie, Entgegenkommen zu beweisen und die unerbittlichen Folgerungen aus dem ungesühnten Verbrechen des deutschen Angriffs von 1939 und 1941 zu ziehen, nicht an den Hauptopfern dieses Angriffs. Dann werden auch die übrigen Westmächte nicht anders können, als die Hand zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage zu bieten und die Existenz einer nicht dem kapitalistisch-konservativen Kulturkreis angehörigen neuen Staatenwelt anzuerkennen, auch wenn diese Welt unter kommunistischem Regime steht. Nach dem augenfälligen Mißerfolg der Politik des Kalten Krieges, der die Unmöglichkeit erwiesen hat, den Ostblock durch Druck, Drohung und Unterwühlung zu sprengen, gibt es tatsächlich nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder verstockt den Kalten Krieg dennoch fortzusetzen und seinen Umschlag in den «heißen» Krieg heraufzubeschwören – oder aber der «Politik der Stärke» den Rücken zu kehren und die friedliche Koexistenz mit der östlichen Welt zu organisieren, die, soweit wir zu urteilen vermögen, allein das gesittete Weiterleben der Menschheit gewährleisten kann. Es ist für die Westmächte und ihre Anhänger sicher nicht leicht, zuzugeben, daß der Weg, den sie nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagen haben, ein Irrweg war. Mögen sie aber doch die Ehrlichkeit und Tapferkeit aufbringen, die zu solchem Eingeständnis nötig ist, eingedenk des alten, wahren Wortes: Errare humanum, perseverare in errore diabolicum – Irren ist menschlich, aber im Irrtum verharren ist teuflisch!

12. März *Hugo Kramer*

---

## Ragaz-Worte

Daß unsere alte Welt mit ihrer Kultur Stück für Stück zusammenbrechen wird, glaube ich, wünsche es sogar. Es ist Weltgericht. Auch die furchtbaren Offenbarungen des Bösen gehören dazu. Es kommt ans Licht und wird vom Licht gerichtet. Aber mit dem Gericht geht eine Schöpfung Hand in Hand. Ein Schöpfungswort tönt durch die Donner der Katastrophe: «Siehe, ich mache alles neu.» (1926)